

Helge Peukert

Das Moneyfest

Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt-
und Staatsschuldenkrise

2., aktualisierte Auflage

Metropolis-Verlag
Marburg 2015

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2013

2., aktualisierte Auflage 2015

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1140-0

Vorwort zur 2. Auflage

I. Die Griechen waren historisch schon immer für Überraschungen und Sonderwege gut. Bereits Solon beendete die Schuldknechtschaft und führte das Land auf den Weg zur Demokratie. Die Ablehnung des majoritären europäischen Politikstils durch die griechischen Wähler weckte bei vielen Europäern Hoffnung. Der Wahlsieg Syriza erklärt sich ganz wesentlich aus den Fehlern der EU-Politik, dem technokratischen Troika-Oktroi, einem problematischen Moraldiskurs (die Schuldnerländer als alleinige Krisenverantwortliche), der Behauptung, Wachstum stelle sich recht schnell nach einer Politik des Sparens und von „Strukturreformen“ (z.B. auf dem Arbeitsmarkt) ein, sozialen Ungerechtigkeiten (einige bringen ihr Geld im Ausland in Sicherheit, andere verarmen) und der Kumpanei mit den griechischen Klientelisten aus der konservativen und sozialistischen Partei (Vergessen der Lagarde-Liste usw.). Die für drei Jahre auf 12 Milliarden Euro Kosten veranschlagten Wahlversprechen beinhalteten ein Ende der Troika, eine Schuldenrestrukturierung, die Bewältigung der humanitären Krise, ein Aktionsplan Arbeit, das Ende der Privatisierungen, die Herstellung von Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit, die Bekämpfung der Korruption und eine umfassende Reform des Staatsapparats.

Dieses Programm war außer den letzten zwei (bzw. drei) Zielen in keinsten Weise mit den früheren Vereinbarungen mit der EU unter einen Hut zu bringen. Es wäre zunächst nur mit einer Neuverschuldung finanzierbar gewesen, da man nach jahrzehntelangem Schlendrian die Steuerverwaltung nicht in kürzester Zeit modernisieren kann und die griechische Oberschicht in den letzten Jahren genug Zeit hatte, ihr Geld größtenteils ins Ausland zu transferieren. Als Randbedingung hat das Land bis Ende 2015 über 20 Milliarden an Zinsen und Tilgungen u.a. an den IWF zu zahlen. Die Steuermoral ließ bereits Ende 2014 deutlich nach und nach der Wahl verstärkte sich auch beim Durchschnittsbürger der Drang zu Bargeldabhebungen. Man hätte erwarten können, dass Tsipras und sein Finanzminister mit einer Liste seiner Wahlversprechen in die

Verhandlungen mit der EU gegangen wäre, verbunden mit einigen (wenigen) Zugeständnissen, z.B. die baldige Anhebung des Mindestlohns betreffend.

Die EU-Institutionen hätten ihre Ablehnung bekundet („die Sparpläne sind einzuhalten“) und die EZB natürlich den Geldhahn völlig zugedreht. Mitte 2015 hängt Griechenland am seidenen Faden der von der EZB leicht ausbremsbaren sogenannten Emergency Liquidity Assistance, nachdem griechische Staatsanleihen nicht mehr von der EZB akzeptiert wurden, man das Land nicht in das Quantitative Easing-Programm einbezog und die EZB auch kurzfristige teure Kredite am Kapitalmarkt, sogenannte T-Bills, deckelte. Daraufhin hätte die griechische Regierung Kapitalverkehrskontrollen (wie auf Zypern) einführen und Schuldscheine („Geuros“) an Polizisten (auf sie könnte der Koalitionspartner ANEL verweisen), Krankenschwestern und andere Staatsbedienstete auszahlen müssen, mit denen man auch Steuern begleichen kann. Man wäre vom Kapitalmarkt und der EZB abgeschnitten, aber in eigener Neuwährung tendenziell unbegrenzt zahlungsfähig. Zwar erhielte man aus dem bis zum Juni 2015 verlängerten Rettungsprogramm kein Geld mehr, aber bei Nichtbezahlen der oben erwähnten 20 Milliarden käme dies in der Summe fast auf das gleiche heraus, nur das Karussell der Ein- und Auszahlungen fände ein Ende. Ob man durch die zu erwartende Abwertung des sich durchsetzenden Geuro als nationalem Regio schnell wettbewerbsfähiger würde, ist schwer zu sagen, man wäre auf jeden Fall handlungsfähig und nicht „erpressbar“. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, nicht mehr das Ausland für die meisten Fehlentwicklungen im Land verantwortlich machen zu können, sondern vor der eigenen Tür zu kehren und sich um die notwendige Reform v.a. des maroden Staatswesens zu kümmern.

Natürlich gäbe es auf diesem Weg große Probleme, die in Geuro gerechneten Importpreise sollten nicht zu einer unerwünschten hohen Inflation führen. Medikamente und Erdöl müssten zunächst subventioniert werden. Einige Privatunternehmen hätten sicher Probleme, Schulden in Euro zu begleichen, sofern Kunden ihre Produkte im abgewerteten Geuro bezahlen. Auch der Bankensektor müsste vor einer eventuellen Kettenreaktion bewahrt werden. Hätte man nicht mehrere Schuldtranchen an den IWF bezahlt, wären hierfür einige Milliarden Euro übrig. Nach einer Staatspleite verlören griechischen Staatsanleihen nach nichtöffentlichen Berechnungen des IWF bis zu 90 Prozent an Wert, was für die griechi-

schen Banken, die sie nicht mehr als Pfand für Kredite bei der EZB verwenden könnten, insofern kein neues Problem darstellte, als sie so-wieso von der Geldversorgung der EZB abgeschnitten würden.

Die eigentliche Crux eines Geuro liegt bei den griechischen Sparern und Girokonteninhabern, deren Einlagen auf Euro lauten. In einem fraktionellen Reservesystem (siehe Kapitel 8) und nach Abschneiden von der Geldzufuhr von Seiten der EZB sind diese Euro aber z.B. nicht (oder nur sehr begrenzt) als Euro-Geldscheine auszahlfähig. Man müsste sie im Prinzip auf Geuro umstellen. Da dieser deutlich abwerten dürfte, entspricht dies bei einer anfänglichen 1:1-Umstellung einer massiven Entwertung bezüglich des Gegenwertes in Euro (nicht bis wenig allerdings hinsichtlich der realen inländischen Kaufkraft; die delikate Frage, ob oder in welcher Aufteilung man z.B. die Renten – in Euro oder Geuro – auszahlen würde, muss hier offen bleiben). Wie auf Zypern könnte man einen Teil in Beteiligungsanteile umwandeln.

Sicher würde die griechische Landwirtschaft (neben dem Tourismus) einen Aufschwung erleben und hoffentlich auf die Ausbeutung der Gas- und Ölreserven im Mittelmeer verzichtet und stattdessen endlich auf Solarenergie umgestellt, was die Handelsbilanz stark entlasten würde. Bei einer einvernehmlichen Einführung des Geuro und Vermeidung eines Dirty Exit könnte die EU Griechenland trotz eines drastischen Schuldenschnitts Mittel aus den Strukturfonds zukommen lassen, da das Land durch Nichtförderung fossiler Energie einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz leistete.

Aus dem Euro träte man nicht aus, der Geuro würde sich zu einer mittlerweile im Vorschlagskanon des Mainstream angekommenen Parallelwährung entwickeln, deren Details an dieser Stelle nicht vertieft werden sollen (siehe Kapitel 8). Man könnte sich vorstellen, dass zur Vermeidung eines allgemeinen Währungschaos' eine mit der EU ausgehandelte, nicht konfrontative Einführung des Geuro möglich wäre, da z.B. Finanzminister Schäuble sich sicher freute, nicht bald für ein abzusehendes drittes Hilfsprogramm werben zu müssen (weitere 30 Milliarden Euro werden von Seiten der EU vermutet). Die Finanzgroßwirtschaft vertritt neben vielen ihnen wohlgesonnenen Politikern seit langem die Meinung, sogar ein Austritt aus dem Euro sei verkraftbar; kein Wunder, da mittlerweile 80 Prozent der 320 Milliarden Staatsschulden auf öffentliche Gläubiger, d.h. europäische Steuerzahler, übergegangen ist. Die auf Deutschland entfallenden 60-80 Milliarden Euro Verluste wären kein

Beinbruch, da man diesen Betrag bei über zwei Billionen Euro Gesamtstaatsschulden verkraften und ohne Gesichtsverlust schön auf die Griechen schimpfen könnte.

Dies wäre die saubere und konsequente Lösung gewesen (siehe in diesem Sinne H. Flassbeck und C. Lapavistas: Nur Deutschland kann den Euro retten, Westend, 2015). Doch die neue Regierung, die zu Beginn Zustimmungswerte von 80 Prozent erhielt, wählte einen anderen Weg, der fatal an die patchworkartigen Ränkespiele der kritisierten EU erinnerte. Die Troika benannte man nur um, die Vorschläge zu ewigen und BIP-indexierten Anleihen verschwanden in der Schublade, man bediente brav die IWF-Kredite und ein endloses Tauziehen um die Sparauflagen begann, unglücklich verquickt mit an sich legitimen Reparationsforderungen an Deutschland. Finanzminister Varoufakis erklärte sein Land für bankrott und versprach gleichzeitig „ewige“ (Primär)Überschüsse des Staatshaushalts. Ein Ende der Austeritätspolitik und der neuen Rolle des Staates als Beschäftiger in letzter Instanz (Employer of last resort) bei gleichzeitigen Überschüssen geht nicht. Dies lässt sich leicht erkennen, wenn man folgende Gleichung berücksichtigt: $I_{\text{(Investitionen)}} + G_{\text{(Staatsausgaben)}} + X_{\text{(Exporte)}} = S_{\text{(Sparen)}} + T_{\text{(Steuern)}} + M_{\text{(Importe)}}$. Nach einer Umstellung ergibt sich: $(G - T) = (S - I) - (X - M)$. Da sich auch Griechenland in der Phase der Entschuldung der Haushalte und Unternehmen befindet (Bilanzrezession), dürfte S für einige Zeit größer als I sein. Die Exporte dürften kurzfristig nicht deutlich ansteigen, also $S > I$ nicht ausgleichen. Da die Steuern T auch nicht in nächster Zukunft zu sprudeln beginnen, bleiben nur erhöhte Staatsausgaben G , sofern man steigende Arbeitslosigkeit vermeiden möchte. An dieser einfachen ökonomischen Logik führen keine schönen Worte vorbei, was im April 2015 dazu führte, dass die Regierung per Dekret alle staatlichen Einrichtungen einschließlich der Kommunen verpflichtete, ihre Geldvorräte an die Zentralbank zu überweisen, um Rechnungen und Gehälter bezahlen zu können. In ihrer Not machte die Regierung sogar in ihrer Politik gegenüber wohlhabenden Steuerbürgern Zugeständnisse, indem sie Strafen und Verzinsungen aussetzte und Ratenzahlungen erlaubte.

Ob irgendein Plan hinter dem Verhalten der neuen griechischen Regierung stand? Der Verfasser dieser Zeilen konnte ihn zumindest nicht erkennen. Hoffte man auf Zuspruch anderer (Süd)Länder? Angesichts der Verschuldungslagen wäre dies nicht völlig unwahrscheinlich gewesen, aber die Vertreter Spaniens, Italiens und Frankreichs haben Podemos und

Cuidados, den Front National, die 5Sterne-Bewegung u.a. im Nacken. Ein Eingehen auf Syriza hätte den Wählern nahegelegt, beim nächsten Wahlgang im eigenen Land diese Konkurrenten zu wählen, nach dem Motto: Seht her, es geht auch anders!

So findet in Euroland und darüber hinaus leider keine öffentliche und wirtschaftsethisch inspirierte Debatte (wer soll welche Abschreibungen verkraften?) über eine nötige Schuldentilgung(skonferenz) statt. Nicht nur die Rückzahlung der griechischen Staatschuld ist unrealistisch, obwohl bei ihr der Zinssatz moderat ist, die Rückzahlungen an die EU-Rettungsschirme erst 2020 beginnt und bis 2057 laufen soll. Um aber in 26 Jahren auf die vorgeschriebene 60 Prozent-Verschuldungsgrenze zu kommen, bedürfte es einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,8 und eines dauerhaften primären Haushaltsüberschusses von 4,2 Prozent, was ausgesprochen unrealistisch ist. Grundsätzlich gilt nach wie vor: Griechenland ist die Spitze des Eisbergs, wir alle sind trotz länderspezifischer Schattierungen in wesentlichen Aspekten Griechenland, was z.B. eine nicht produktivitätsorientierte (in Deutschland: zu zurückhaltende) Lohnpolitik, Steuervermeidung (Swiss-Leaks: erinnert sei hier nur an die deutschen Kunden bei der HSBC in der Schweiz), die Vermögens- und Einkommenspolarisierung, die Verschuldung und Instabilität des Bankensektors, Korruption und Betrügereien (hierzulande: die Deutsche Bank und der Libor-Skandal, die Geschäfte von Siemens in Griechenland) und einiges mehr betrifft.

II. Vor den Wahlen in Griechenland fanden in der EU auch wieder einmal Wahlen zum Europaparlament statt. Waren sie wegen der Aufstellung von Spitzenkandidaten als neue Stufe der Demokratie in der EU anzusehen? Jean-Claude Juncker wurde im Juli 2014 durch ein an die deutsche große Koalition erinnerndes Kartell aus Konservativen, Sozialdemokraten/Sozialisten und Liberalen zum Kommissionspräsidenten gewählt. An Stelle einer verbindlichen Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage (GKKB, siehe Kapitel 8 und 9), einer länderspezifischen bilanziellen Rechnungslegung (country-by-country reporting) zur Erhöhung der Transparenz und europäischer Mindeststeuersätze in der Unternehmensbesteuerung krönte man das Steuer-oasen-Superschlitzohr zum Präsidenten. Die EU-Mitgliedschaft ist für Luxemburg Gold wert, da man so z.B. dank des Einstimmigkeitsprinzips stets ein Veto in Steuerfragen einlegen konnte. Er sorgte dafür, dass sich an Luxemburg als Oase der Steuerseligen nichts änderte und dort „die

Lichter nicht ausgehen“. Auch deutsche Unternehmen wie die Deutsche Bank und EON konnten so Millionen Euro an Steuern in Deutschland sparen (siehe die Dokumente auf icij.org; wie gut, dass es investigative Journalisten gibt, wenn gewählte Volksvertreter solchen Aufgaben nicht nachkommen). Es bleibt abzuwarten, ob die vom Bundesfinanzministerium gefeierten Unterschriften von 50 Staaten zu internationalen Regeln zum automatischen steuerlichen Informationsaustausch in Reaktion auf Offshore-Leaks und Steuer-CDs wirksam umgesetzt werden. Die Flatterhaltung Schäubles zu Patentboxen und die Verhinderung eines Untersuchungsausschusses zu den Steuerdeals in Luxemburg sät Zweifel.

Ein Kommentar über die neu zusammengestellte Kommission trug die Überschrift „Brüsseler Witze“, da Juncker „einem Finanzlobbyisten der Londoner City die Bankenaufsicht, einer italienischen Diplomatie-Anfängerin die außenpolitischen Krisen, einem Franzosen die Defizitkontrolle, einem sparwütigen Finnen das Wachstum und einem spanischen Atomkraft-Fan die [Klima-] und Energiepolitik anvertraut“ (Süddeutsche Zeitung vom 8.10.2014, S. 4). Auch frühere Politakteure waren nicht frei von Zweifel. So hatte der frühere EU-Handelskommissar De Gucht eine Steueraffäre am Hals.

Solche Personalentscheidungen bewirken weiteres Wasser auf die Mühlen der AfD in Deutschland, die aus dem Stand über sieben Prozent der EU-Parlamentssitze errang und der Front National und die UKIP mit jeweils über 25 Prozent sogar stärkste Parteien ihres Landes im EU-Parlament wurden. Die zahlreichen Stimmen für „europaskeptische“ Parteien zeigen, dass viele Menschen sich nicht durch das vorherrschende Politikkartell vertreten fühlen. Die Geheimniskrämerei um TTIP stellt die Kommission und ihre letztlichen Zielsetzungen grundsätzlich in Frage. So gibt es auch keinen eigenen Kommissar für Klimaschutz und keinen Vizepräsidenten für den Umweltbereich mehr in der Juncker-Kommission. Die seidenweiche Haltung im Zuge der Außerkraftsetzung elementarer Grundrechte durch die permanente Überwachung durch amerikanische Geheimdienste und ihre privaten Datenarbeiter wie Google, Twitter oder Verizon (dessen Tochter für Teile der IT-Infrastruktur der EZB zuständig ist) lassen zusätzlich Grundprinzipien des Rechtsstaates und einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung ins Wanken geraten. Die noch zu betrachtenden Rettungsaktionen von Seiten der EZB und der Politik im juristischen Graubereich des Zulässigen passen bestens in dieses Bild.

III. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Griechenland ökonomisch gesehen kein exotisches Ausnahmeland in einer sich erholenden Eurozone ist, sondern Teil eines gesamteuropäischen Kartenhauses. Die deutsche Bundesregierung brüstet sich angesichts sicherer Arbeitsplätze, einem rund laufendem Konjunkturmotor, einer erfolgreichen Exportindustrie und sinkender Staatsverschuldung. Die Zinsen für italienische, irische und spanische Staatsanleihen fielen auf den niedrigsten Stand aller Zeiten. Im Mai 2014 verließ Portugal wie zuvor Spanien und Irland den Schutzschirm, die Zinsen ihrer Staatsanleihen sind so niedrig wie vor der Staatsschuldenkrise. Doch die Ruhe trägt.

Die Verschuldung der 18 Eurostaaten stieg gemäß Eurostat im ersten Quartal 2014 auf rund 100 gegenüber 92,7 Prozent des letzten Vorjahresquartals an. 8 der 18 Euroländer haben einen Schuldenstand von über 100 Prozent. Auch Spanien bewegt sich auf diese Marke zu. Italien geriet trotz des umtriebigen Renzi in eine erneute Rezession, die auch für Frankreich befürchtet wird. Sie liegen hiermit im weltweiten Trend. Die Gesamtschulden in den entwickelten Ländern (ohne Finanzsektor) stiegen zwischen 1999 und 2014 von 212 auf 279 Prozent des BIP. China liegt bei 229 und Korea bei 220 Prozent. Eine aufschlussreiche Studie des McKinsey Global Institute (Debt and (not much) deleveraging, Februar 2015), zeigt eindrücklich, dass sich zwischen 2007 und 2014 die weltweite Gesamtverschuldung aller Sektoren (private Haushalte, Unternehmen, Finanzinstitute und Staat) in Relation zum BIP um satte 57 Billionen auf fast 200 Billionen US-Dollar erhöhte und im weltweiten Vergleich die meisten EU-Länder im oberen Drittel der sich zunehmend verschuldenden Länder anzutreffen sind. Bezogen auf die Verschuldung der privaten Haushalte, der Unternehmen und Staaten liegen Irland, Portugal, Belgien und die Niederlande vor Griechenland, dicht gefolgt von z.B. Spanien.

Vor allem die ansteigenden Staatsverschuldungen sind – ganz unabhängig von den Spar- und Austeritätsprogrammen – nicht verwunderlich. Die hohen Folgekosten der Finanzkrise für den öffentlichen Sektor lassen sich am Beispiel Spaniens ablesen: Die direkten Kapitalhilfen beliefen sich auf fünf Prozent des BIP, die staatliche Schuldenquote stieg um 50 Prozent. Bei einer Gesamtkosten- und Nutzenrechnung wären auch die impliziten Staatsgarantien einzurechnen, die systemrelevanten Banken zugutekommen. Nach einer Studie im Auftrag von DIE GRÜNEN betrugen diese europaweit zwischen 2008 und 2012 u.a. über Zinsvorteile

bei der Kreditvergabe an Großbanken rund 1,3 Billionen Euro. Daher werden im *Moneyfest* z.B. Größenbegrenzungen von Banken und eine Vollgeldreform gefordert, um es gar nicht zu solchen Ungerechtigkeiten durch Subventionen und Instabilitäten durch schiere Größe sowie Kostenüberwälzungen auf die Allgemeinheit kommen zu lassen. In der Schweiz gibt es seit Mitte 2014 eine Initiative für eine Volksabstimmung zum Vollgeld, in Island gibt es ähnliche Überlegungen (siehe die vom Premierminister in Auftrag gegebene Studie von F. Sigurjonsson: *Monetary Reform – A better monetary system for Iceland*, März 2015).

Aber sind solche Radikalkuren wirklich nötig, hat sich nicht wenigstens die Bankenlandschaft zwischenzeitlich konsolidiert? Zwar sind die Bankbilanzen in der EU nach der Finanzkrise um 10 Prozent geschrumpft, sie liegen aber im offiziellen Bankensektor 2013 bei enormen 274 Prozent des BIP und bei 334 Prozent, wenn man ausländische Tochtergesellschaften in der EU einbezieht. Der Ökonom und Bankenexperte Martin Hellwig stellte in „Der Aktionär“ (20.7.2014) ohne Umschweife fest: „Es gibt zu viel Kapazität in der Branche. Deshalb können die Banken nur Geld verdienen, wenn sie zocken. Ein Ausscheiden aus dem Markt wird künstlich behindert, durch Staatsgarantien und Staatsmittel und durch die Unterstützung der EZB ... wir räumen im Finanzsektor nicht auf, genau wie Japan vor zwanzig Jahren“.

Die Quintessenz dieses Vorworts, das einige Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit rekapituliert, besteht in der These, dass seit der ersten Auflage des *Moneyfests* nach wie vor keine wirklich strukturverändernden Reformen auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene eingeleitet wurden. Die Politik des Durchwurstelns bzw. 'situationselastischen Opportunismus' setzt sich fort. Bescheidene Kurskorrekturen wie die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die alleine Deutschland nach einer Erhebung des DIW pro Jahr bei konsequenter Erhebung 45 Milliarden Euro bringen würde, verzögern sich weiter. Megabanken wurden nicht entflochten, stattdessen müssen sie etwas mehr Eigenkapital vorhalten. Zu einer ehrlichen Bereinigung der hohen privaten und öffentlichen Schuldenstände vermittelt einer europäischen oder besser noch internationalen Schuldenkonferenz (wie von H.-W. Sinn gefordert) und einem begleitenden wirtschaftsethischen Diskurs über die dann anstehende Lastenverteilung rang man sich nicht durch. Als einzige größere Reform ist die Einführung der Bankenunion mit dem Versuch einer Beaufsichtigung von Großbanken und der Aufstellung von

Regeln für ihre Abwicklung in Europa zu erwähnen. Auf dieses Projekt wird in Kapitel 4 kritisch eingegangen. Nur dieser Teil des *Moneyfests* ist neu, ansonsten wurde der Text nur geringfügig geändert und v.a. aktualisiert.

IV. Die lethargische bis zweckoptimistische Stimmungslage Mitte 2015 erklärt sich primär durch die Errichtung eines europäischen politischen Zentralbankschattenregimes. Es ist an der Ausweitung der Zentralbankbilanz abzulesen. Die EZB mutiert zum quasi-politischen Sicherheitsanker und zur zentralen monetären Schaltstelle. Die traditionellen Geld- und Kreditabsicherungsbeziehungen sind außer Kraft gesetzt. Trotz des bewusst geweckten Eindrucks einer kritischen Haltung gegenüber diesem neuen Regime von Seiten der deutschen Politik kommt es ihr nicht ungelegen, da nach Angaben der Bundesbank die Zinszahlungen der Bundesregierung seit Ausbruch der Finanzkrise dank niedriger Zinsen um 120 Milliarden Euro niedriger als zu erwarten ausfielen, wozu neben der hohen Nachfrage nach deutschen Staatspapieren auch die (Niedrigzins)Politik der EZB beitrug.

Entscheidend zur Beruhigung der Lage an den Finanzmärkten war das Versprechen Draghis im Sommer 2012, die EZB unternehme alles notwendige, um Banken im Notfall zu helfen und gefährdete Staatsanleihen „whatever it takes“ aufzukaufen. Dieses OMT-Versprechen (Outright Monetary Transactions) musste bisher nicht ausgetestet werden. Es stellt eine umfassende, aber kostenlose Kreditausfallversicherung (CDS) dar. Am 7. Februar 2014 erklärte dann allerdings das Deutsche Bundesverfassungsgericht nach mehreren tausend Einsprüchen dieses Programm für rechtswidrig. Die EZB ging über ihr Mandat hinaus. Ferner unterlaufe man die parlamentarische Kontrolle und den ESM. Man verstoße gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung, was mit dem EU-Primärrecht (Artikel 123) unvereinbar sei. Schuldenschnitte seien auszuschließen und es dürfe möglichst keine Eingriffe in die Preisbildung geben. Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass bei Erfüllung all dieser Bedingungen das OMT-Programm im Ernstfall seiner Wirkung beraubt würde. Die definitive Entscheidung wurde an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. „Die Märkte“ ließ das Urteil kalt, da schon diverse B- oder C-Pläne in der Schublade lagen.

Die Geldleihe wurde zudem für Banken noch billiger, der Leitzins auf 0,05 Prozent gesenkt, den Banken Vollzuteilung für Zentralbankgeld zugesagt und der Kauf verbriefter Bankkredite aufgenommen. Im Mai

2014 wurden vorerst zusätzlich 400 Milliarden für bis zu vier Jahre versprochen, sofern die Kredite an die Realwirtschaft gehen. Ab 2015 können Banken pro Quartal das Dreifache ihrer zusätzlichen Nettokreditvergabe aufnehmen, sofern ihre Langfristkredite nicht stärker schrumpfen als zuvor, eine für wahr großzügige Regelung. Stärkere Wirkungen des 0,2 Prozent betragenden Negativzinses auf Überschussreserven bei der EZB dürften nicht eintreten und ein Teil außerhalb des Euroraumes angelegt werden, mit der erwünschten Wirkung eines exportfördernden, schwächeren Wechselkurses des Euro. Einige Banken führten daraufhin Negativzinsen für die Einlagen bestimmter Großkunden ein. Auch Drittländer sind betroffen, so müssen in der Schweiz mittlerweile auch staatsnahe Einrichtungen (z.B. der Altersvorsorge) Negativzinsen auf Einlagen bei der Schweizerischen Nationalbank zahlen. Ähnliches ereignet sich in den Niederlanden, Finnland und Österreich. Um nicht draufzuzahlen, werden hierdurch Anleger in risikoreiche Ramschanleihen getrieben, um überhaupt eine Miniverzinsung zu erhalten und dem Problem massiver (Kurs)Verluste mit Staatsanleihen aus dem Weg zu gehen, wenn eines Tages die Zinsen wieder angehoben werden (müssen).

Die Inflationsrate fiel im November 2014 auf 0,3 Prozent, obwohl Draghi, der mit seiner Mannschaft endlich in den über eine Milliarde Euro teuren EZB-Neubau in Frankfurt einziehen konnte, nach den Ankäufen von Kreditverbriefungen und Pfandbriefen ab Oktober 2014 den zusätzlichen Erwerb von Staatsanleihen ankündigte. Insgesamt ist für diese Aktionen eine Verlängerung der Bilanz der EZB von über einer Billion Euro vorgesehen, Monat für Monat erfolgen seit März 2015 Ankäufe von rund 60 Milliarden Euro. Da diese in Abhängigkeit vom Kapitalanteil der Euroländer an der EZB von den nationalen Notenbanken durchgeführt wird, ergibt sich die surrealistische Situation, dass der das Programm und eine zunehmende Verquickung von Zentralbanken und Staatsfinanzierung ablehnende deutsche Bundesbankchef J. Weidmann einen Löwenanteil von rund 230 Milliarden Euro an deutschen Bundesanleihen aufzukaufen hat, die damit noch weiter in den unnormalen Negativzinsbereich abdriften.

Offiziell dienten diese Maßnahmen und Tabubrüche dazu, die Preisstabilität zu sichern und nicht zur Konjunkturbelebung (auch dank des Abwertungseffekts) und zur Staatsfinanzierung, da hohe Kurse niedrige Zinsen bedeuten und die aufgekauften Staatsanleihen für die Staaten praktisch zinsfrei sind, da an die Staaten Notenbankgewinne, die durch

die Bezahlung der Anleihezinsen steigen, ausgeschüttet werden. Preisstabilität wird von der EZB heutzutage als Sicherung einer Mindestinflation von zwei Prozent definiert, obwohl in den Maastrichter Verträgen nur von Preisstabilität die Rede ist. In Zeiten der europäischen Bilanzrezession, d.h. des Versuchs des Sparens und Entschuldens (siehe A. Mian und A. Sufi: *House of debt*, University of Chicago Press, 2014), bleibt der Ankauf von Staatsanleihen (ebenso wie niedrige Zinsen der Zentralbank und eine Geldschwemme) weitgehend wirkungslos (R.C. Koo: *The escape from balance sheet recession and the QE trap*, Wiley, 2015). Er hat allerdings gravierende Verteilungswirkungen, er hilft Banken und Staaten, macht die Reichen reicher und provoziert neue Blasenbildung. Das Bündnis zwischen EZB, Finanzgroßwirtschaft und Polit-establishment birgt hohe Risiken und hat fragwürdige Nebenwirkungen.

V. Die Politik der EZB dokumentiert auf der kommunikativen Ebene eine schizophrene Widersprüchlichkeit der europäischen Politik zwischen Wachstumsankurbelung und Schuldenreduktion: Man erinnert die Krisenländer daran, mehr zu sparen anstatt zu viel zu konsumieren. Sparen ist also wichtig, mit einer ultraexpansiven Geldpolitik und Zinsmanipulationen bis in den Negativbereich demotiviert man aber nicht nur die deutschen Sparer und ruft sie dazu auf, doch mal etwas risikofreudiger zu agieren (der Verfasser dieser Zeilen teilt nicht die These eines langfristigen natürlichen Zinssatzes deutlich unter Null).

Man fordert einerseits das Sinken der Löhne, der Staatsausgaben und der Exportpreise in den Krisenländern zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Setzt diese Abwärtsbewegung der Preise tatsächlich ein, wird die Parole der Deflation als Schreckgespenst ausgegeben. (Eine Deflation ist u.E. nur dann zweifelsfrei gefährlich, wenn Überschuldungen vorliegen.) Die Troika erzwingt Preissenkungen, die Draghi dann mit seinem Liquiditätsfeuerwerk zu bekämpfen vorgibt. Alles gleichzeitig macht natürlich keinen Sinn. Auch hängt die Inflationsrate (ein Verbraucherpreisindex) kaum von der allgemeinen Geldzufuhr, als vielmehr von der Reallohnentwicklung ab. Die praktizierte Politik ist auch insofern unausgeglichen, als einerseits ein „neoliberaler“ Durchgriff auf den Arbeits- und Gütermärkten erfolgt, andererseits auf den Geld- und Finanzmärkten die Marktkräfte erheblich außer Kraft gesetzt werden. Unter Zentralbankern, Politikern und Wissenschaftlern ist bei alledem grundsätzlich völlig offen, welches Mandat man der EZB eigentlich zuzugestehen gedenkt. Sollte sie nur für die Geldwertstabilität zuständig sein oder sich auch bei

Blasenbildungen gegen den Wind lehnen (makroprudentielle Regulation), indem sie mit Blick auf den Kreditzyklus die Zinsen frühzeitig erhöht und z.B. bei Überhitzungen an Immobilienmärkten zusätzliche Eigenkapital-Hinterlegungspflichten fordert?

Ben Bernanke bekannte im April 2014 reumütig, dass die Zentralbankpräsidenten die Finanzkrise nicht vorhersahen und zentrale Verursachungsketten nicht verstanden, v.a. wie stark Banken von Verlusten des Hypothekenmarktes betroffen sein würden und dass die heutige Form des Bankensturms (Bank Run) über den Interbankenmarkt läuft. Fehldeutungen und Überforderung scheinen also selbst bei Zentralnotenbankern nicht ausgeschlossen zu sein.

Bereits im marktliberalen Lager ist man uneins über die richtige Geldpolitik. Gerald Braunberger unterscheidet gleich drei liberale Grundansichten. In der sogenannten neuen klassischen Makroökonomie ist man für eine eigenständige Zentralbank und gegen Deflationstendenzen und meint, Anleihekäufe durch die Zentralbank seien ineffektiv. Libertäre Fundamentalisten halten Zentralbanken grundsätzlich für schlecht, sie sind sogar gegen ein staatliches Papiergeldmonopol, Anleihekäufe seien abzulehnen, Deflationen kein Problem. Die dritte – mit der gegenwärtigen Praxis übereinstimmende – Richtung sieht im Anschluss an Milton Friedman Zentralbanken als Retter in der Not: Geldpolitik (niedrige Zinsen, Vollzuteilung) ist kurzfristig wirksam und gut, um z.B. ein fünfprozentiges Nominal-BIP anzustreben. Man ist für eine starke und mächtige Zentralbank, Deflation ist schlecht, eine stimulierende Geldpolitik an der Nullzinsgrenze zurzeit unumgänglich. Der Bürger ist irritiert angesichts dieses Meinungswirrwarrs. Die das liberale Spektrum ansonsten nicht unterstützenden Keynesianer befürworten zu allem Überflus eine solche Geldpolitik, da sie sich hierdurch auch langfristige positive Effekte auf realwirtschaftliche Größen wie Wachstum und Beschäftigung versprechen.

VI. Daniel Stelter (www.think-beyondtheobvious.com) hebt demgegenüber die bereits angesprochenen negativen Folgen ultralockerer Geldpolitik hervor, die auch ganz offensichtlich der Realwirtschaft der Krisenländer nicht hilft: Geringere Anreize für Haushaltsdisziplin, die Tendenz zu Vermögenspreisinflationen, das Weiterleben von eigentlich insolventen Zombiebanken, die Zunahme gesellschaftlicher Unzufriedenheit (Enteignung der Sparer), Reiche und Spekulanten sind unmittelbare Profiteure und eine allgemeine Werteeosion finde statt. Die Bank für

Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnte auch dementsprechend in ihrem 84. Jahresbericht vom Juni 2014 nachdrücklich vor neuen Blasen. Doch die Chefin der amerikanischen FED, Janet Yellen, findet diese Befürchtungen übertrieben und hält an einer lockeren Geldpolitik bis auf weiteres fest.

Niedrige Zinssätze und großzügige Zuteilungen können ohne Frage den Grundstein für Höhenflüge und Abstürze im Finanzwesen legen. Aber die Wirtschaftspolitik befindet sich in einer Schuldenfalle und in einem Zielkonflikt: Hebt sie die Zinssätze an, tangiert sie die fragilen Kreditbeziehungen. Zu wenig Geld im System führt zu Irving Fishers Schuldendeflation, die Realwirtschaft ginge in die Knie. Wird die Gelddosierung erhöht und großzügig zugeteilt, höhlt dies eventuell die Kaufkraft des Geldes aus und erhöht vor allem die Gefahr weiterer Blasenbildungen. Ohne radikale Maßnahmen wie Schuldenschnitte kann man diesem Dilemma nicht entkommen.

VII. Nur nebenbei sei erwähnt, dass die Politik der EZB natürlich nicht alternativlos, sondern nur der oben erwähnten Bündnispolitik entsprechend zielgerichtet einseitig zugunsten der Geldhäuser verläuft. Man könnte z.B. zur Deflationsbekämpfung selbst bei einem Zinsniveau von Null vom Helikopter – um die bekannte Formulierung aufzugreifen – Geld zur Nachfragestimulierung abwerfen, d.h. die EZB überweise jedem Bürger in Euroland (zunächst) 3000 Euro, die dieser dann ausgeben kann oder Schulden bezahlt. Beides wäre im Verbund mit einem leichten Inflationsanstieg wünschenswert und nicht einmal durch die EU-Verträge verboten (siehe Willem Buiter: *The simple analytics of helicopter money: why it works – always*, Juni 2014, Economic Discussion Paper 2014-24). Auch könnte die EZB die über 60 Prozent hinausgehenden Staatsschulden aufkaufen und weder Tilgung noch Zinsen einfordern (*zero coupon perpetual bonds*) oder nur die Zinszahlungen aussetzen, da dank Inflation die Anleihen auf 100 Jahre gestreckt fast wertlos würden. Zukünftige Fehlanreize wären durch solche Maßnahmen z.B. durch baldige Einführung einer zwingenden Staateninsolvenzverordnung zu vermeiden.

Wenn es so einfach ist, warum unternimmt die EZB solche Maßnahmen nicht? Norbert Häring (www.norberthaering.de) deutet die Lage folgendermaßen: Die Zentralbank wahrt und mehrt ihre Macht durch das Weiterschwelen der Eurokrise, die sie an sich leicht beenden könnte. Zudem kann sie so ihre neoliberalen Vorstellungen durchsetzen. An der Begeisterung für TTIP vonseiten deutscher „Spitzenpolitiker“ der großen

Koalition lässt sich ablesen, dass vom hiesigen Politikestablishment dieser Ausrichtung der EZB voll zugestimmt wird. Man kann dies aufgrund etwas anders gelagerter Wählerpräferenzen in Deutschland nur nicht so unmittelbar ausdrücken. Die Einfluss-Reichen und Vermögenden verschanzten sich zwar wenn unbedingt nötig hinter einem moderat gehaltenen geldpolitischen Bundesbankskeptizismus. Latent haben sie aber mit Seitenblick auf ihre Konten nichts gegen die ultralockere Geldpolitik einzuwenden, die die Vermögenspreise steigen lässt (wie in den USA liegt etwa die Hälfte der Vermögen bei den reichsten fünf Prozent der Familien, siehe das Handelsblatt vom 6.11.2014, S. 30-31).

VIII. Auch die Austeritäts- und Sparpolitik in den Krisenländern erwies sich als problematisch. Trotz des Schwurs für den Fiskalpakt, der eigentlich klare Verschuldungsobergrenzen vorsieht, wurde angesichts der zwangsläufig weiter ansteigenden Schulden und bescheidenen Wirtschaftsprognosen für die Eurozone vom deutschen Vizekanzler Gabriel, aber auch von Frankreichs Hollande und Italiens Renzi gefordert, den Sparkurs abzumildern. Kreditfinanzierte staatliche Investitionen und Steuersenkungen für Großunternehmen sollten endlich wieder für Wachstum und Beschäftigung sorgen und solche Investitionen nicht mehr auf das Budgetdefizit angerechnet werden. Deutschland wurde aufgefordert, mehr zu investieren, um die Krisenländer zu unterstützen. Kenneth Rogoff wies allerdings darauf hin, dass drastische Schuldenschnitte (mit entsprechenden Verlusten für Deutschland) besser als kostspielige Konjunkturprogramme seien, da Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigen, dass solche Investitionen den Peripheriestaaten kaum nützten, da die deutschen Produktionslieferketten eher über die USA, Asien und Mitteleuropa laufen. Außerdem seien die Exporte der Krisenländer nach Deutschland nicht hoch genug, um merkliche Anregungseffekte bei ihnen auszulösen.

IX. Unabhängig davon besteht natürlich tatsächlich eine Investitionslücke in Deutschland v.a. in den Bereichen Bildung und materielle Infrastruktur. Die öffentlichen Bruttoinvestitionen liegen in Deutschland mit 1,6 Prozent des BIP (1970: 4,5 Prozent) im europäischen Vergleich am unteren Ende. Neben eventuellen kurzfristigen Investitionsstimuli zur Überwindung der anhaltenden Rezession in einigen Krisenländern (in hoffentlich nicht naturzerstörende, betonintensive Großprojekte) käme es in den Ländern auf Strukturreformen an. Dies bedeutet nicht – wie im neoliberalen Diskurs präjudiziert – die „Flexibilisierung des Arbeits-

marktes“ usw. sondern z.B. die Etablierung eines nationalen Steuersystems ohne einladende Schlupflöcher für Besserverdiener, Vermögende und Unternehmen (Vorschläge für Länder mit an sich funktionierenden Steuerverwaltungen finden sich bei L. Jarass und G.M. Obermaier: Faire und effiziente Unternehmensbesteuerung, MV Wissenschaft, 2015).

EU-Kommissionspräsident Juncker setzt als neoliberaler Krisenkeynesianer auf ein mehr oder minder gewaltiges Investitionsprogramm, indem er private Investoren mit Garantien anlocken möchte (ähnliche Überlegungen stellte in Deutschland die entsprechende Expertenkommission an). Ein Fonds, gefüllt mit öffentlichem und privatem Geld soll mögliche Verluste ausgleichen. 20 Milliarden Euro sollen aus dem europäischen Haushalt und Beiträgen der Mitgliedsstaaten kommen, private Investoren 50 Milliarden beisteuern. Mit diesen zusammen 70 sollen weitere 230 Milliarden abgesichert werden. Details über diese Hebelung waren bis Mitte 2015 noch unklar. Die große Frage lautet neben grundsätzlicher Skepsis gegenüber solchen Mammutprogrammen, wer welche Projekte auswählt. Begleitend soll ein „Bürokratieabbau“ stattfinden, der in erster Linie auf einen Abbau von Vorschriften zum Umweltschutz hinausläuft.

X. Erst nach einer fundamentalen demokratischen, sozialen und ökologischen Neuausrichtung der EU sollte über eine Fiskalunion und einen EU-Bundesstaat nachgedacht werden, ohne in einem autoritären Technokratismus zu landen. Das Meiste, was unter dem Banner der europäischen Solidarität verkauft wird, dient derzeit wie beschrieben nur dazu, eine marktberreinigende natürliche Deflation der Vermögenswerte und drastische Abschreibungen zur Verringerung der Schuldenstände zu verhindern. Lieber eine expansive Zentralbankpolitik, wenn es sein muss um den Preis der moralischen Erosion durch die Einschränkung der Chancen zu nicht spekulativer Eigentumsbildung, nur bloß keine Bereinigungskrise. Zur unbedingten Vermeidung schmerzlicher Reformprozesse schuf man in Europa einen zunehmend undurchschaubaren Schattenstaat mit diversen Rettungsschirmen, der EZB als letztem Systemgaranten, Austeritätsprogrammen und -kontrollen, Investitionsoffensiven, Fiskalpakten, der Bankenunion, makroprudentieller Regulation usw., mit jeweils situativ ausgehandelten Verbindlichkeiten.

So wächst tatsächlich ein bürokratischer Moloch mit hunderten von Verordnungen, Richtlinien und Ausführungsbestimmungen alleine im Finanzbereich heran. Dies geschah auch, da halbherzige Reformen vieler Sonderregeln bedürfen, nicht zuletzt zur Berücksichtigung nationalelegis-

tischer Interessen und unter Ablehnung der Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte. Der als ideologisches Zerrbild besonders von Marktliberalen an die Wand gemalte EU-Leviathan gedeiht tatsächlich dank ihrer Mithilfe, da sie diese Maßnahmen jetzt zum Erhalt des Status quo der bestehenden Machtverhältnisse bejahen und beratend begleiten. Expertokratische Fachleute und Wissenschaftler beteiligen sich, indem sie z.B. zusammengesetzte, komplizierte Frühwarnindices mit vorerst bis zu 30 Variablen entwickeln (siehe EZB-Monatsbericht, November 2014, S. 101-116), anstatt eine einfache und transparente Dekonzentration der Großbanken zu unterstützen.

So entstehen zumindest viele neue Planstellen und Drittmittelprojekte. Die große Illusion all dieser Bestrebungen liegt darin, zu meinen, man könne zukünftig wie der Lux auf der Lauer liegen und mit einem großen analytischen Fernglas sich aufbauende Krisen schon von Ferne erkennen. Doch leider kommen Krisen in dynamisch-evolvierenden Systemen wie dem bestehenden Konkurrenzkapitalismus in stets neuen Verkleidungen unbemerkt und dann überrumpelnd Holter die Polter daher, sofern man nicht v.a. strukturelle Tempoabbremsen (z.B. Vollgeld) wie beim Motorsport einführt. Beeindruckend sind immer wieder die Experimente der Verhaltensforschung, in denen durchs Bild marschierende Gorillas unbemerkt bleiben, während der Beobachter sich auf Bekanntes konzentriert.

XI. Im Bereich der (deutschen) geld- und finanztheoretischen Diskussion gibt es nur einen Beitrag eines Geldtheoretikers und Finanzmarktpraktikers, der offen einräumt, im Zuge der Finanzkrise elementar dazugelernt zu haben und völlig neue Reformwege für nötig hält. Thomas Mayer (Die neue Ordnung des Geldes, FBV, 2014) sieht im Geldschöpfungsprivileg der Banken einen dauerhaften Faktor der Instabilität, dem er eine Vollgeldvariante (Aktivgeld) gegenüber stellt, bei der in libertärer Absicht frisches Geld über eine an alle Bürger gezahlte Dividende in Umlauf kommt. Zusätzliche Regelungen hält er für unnötig und dirigistisch. Er tritt aber für ein klares Insolvenzregime für Staaten und Geldhäuser ein. Die Reformvorschläge dieses *Moneyfests* deutet er als Version des Schumpeterianischen bürokratischen Sozialismus (2014, S. 145). Die Frage ist natürlich, ob das Damoklesschwert der Insolvenz ohne die hier vorgeschlagenen, weiteren Reformen glaubwürdig ist. Selbst bei Ausgliederung des allgemeinen Zahlungsverkehrs gibt es in seiner Reformwelt nach wie vor gigantische Megabanken. Auch nach

einer eventuellen Selbstzerschlagung der Deutschen Bank bliebe eine systemrelevante Investmentbank übrig. Würde und könnte man sie im Ernstfall wirklich pleite gehen lassen oder über ein Wochenende selbst im Rahmen der Bankenunion ohne Staatshaftung abwickeln?

XII. Von keynesianischer Seite wird zwar zu Recht kritisch auf eine nicht produktivitätsorientierte Lohnpolitik in Deutschland und neben nachfragekeynesianischen Rezepten zur Konjunkturankurbelung auf notwendige Vorschläge zur Behebung der zunehmenden Einkommens- und Vermögenskonzentration hingewiesen.¹ Einmalige Vermögensabgaben wurden zur Überraschung Vieler plötzlich selbst von der deutschen Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Januar 2014 als letztes Mittel vorgeschlagen, nachdem schon der IWF zuvor in seinem Fiscal Monitor darauf zu sprechen kam. Von offizieller Seite trägt man mit diesen Gedankenspielen der Tatsache Rechnung, dass einige Länder ihre Schulden nie und nimmer werden zurückzahlen können. Vor allem von kritischer keynesianischer Sicht aus wird die auch von Piketty herausgearbeitete längerfristige Tendenz zur Polarisierung der Einkommen und Vermögen als natürliche, längerfristig durchschlagende Gesetzmäßigkeit betont, sofern sie nicht z.B. durch mutige Kapitalbesteuerung aufgehalten wird. Leider wird von keynesianischer Seite bisher die hohe Gesamtverschuldung heruntergespielt und in der Tradition des diesbezüglich konservativen J.M. Keynes das Geld- und Bankensystem als wenig reformbedürftig angesehen und nur einige finanzmarktpolitische Reformen unterbreitet.

Im *Moneyfest* wird eine Perspektive angestrebt, die sich nicht einseitig auf bestimmte ökonomische oder sonstige Theorie- und Politikabgrenzungen stützt. Die (post)keynesiansische Seite hebt zutreffend Verteilungs- und Einkommenskreislaufaspekte hervor. H. Minsky analysierte die Instabilität und Prozyklizität des Finanzsektors. Die österreichische Schule problematisiert Verzerrungen durch Zinsmanipulationen und den Aufbau von Schuldenkaskaden. Die Tradition des deutschen Ordoliberalismus erhellt u.a. den Blick auf die Grundlagen der Geldordnung und

¹ Th. Piketty: *Capital in the twenty-first century* (CUP, 2014). Einen guten und kurzen Überblick zu Piketty bieten S. Kaufmann und I. Stützle: *Kapitalismus – Die ersten 200 Jahre* (Bertz und Fischer, 2014); zur deutschen neuen „Großen Divergenz“ siehe die Daten von Chr. Anselmann und H. Krämer: „Denn wer hat, dem wird gegeben“ (Wiso direkt, September 2012).

regt Überlegungen zu einer radikalen Geldreform an (Vollgeld). Die Freiwirtschaftslehre erinnert vehement an die Frage, ob nicht der (Zinnes)Zins strukturell destabilisierend wirkt. Ansätze einer Postwachstumsökonomie stellen das Wirtschaftswachstum als zentralen Zielparameter in Frage. Die Regiogeldbewegung erinnert an die negativen Seiten eines abstrakten, aus lokalen sozialen Zusammenhängen ausgegliederten monopolistischen Geldsystems, das Sozialbeziehungen untergibt und fordert – wie die Postwachstumsbewegung – einen kulturellen Wandel (Suffizienz, Entschleunigung).

Heterodoxe, zum Teil dem kritischen Institutionalismus zuzurechnende Autoren wie Kindleberger und J.K. Galbraith analysieren stets wiederkehrende psychologische Faktoren und erkennbare wirtschaftshistorische Muster. Eine umfassende finanzsoziologisch-politökonomische Dimension ist unerlässlich, um ansonsten irrational erscheinende Entscheidungen auf der politischen Bühne deuten zu können. Alle genannten Ansätze haben auch ihre (hier nicht zu vertiefenden) Einseitigkeiten und Schwächen. Eine solche plurale Herangehensweise hilft, sie zu vermeiden. Natürlich stellt sich die Frage, was die folgenden Überlegungen jenseits eines bewussten Eklektizismus eint.

XIII. Auf welcher Grundlage ruht also dieses *Moneyfest* angesichts der hier vorgetragenen Kritik der offiziellen Politik und des ökonomischen Mainstream? Nach Meinung des Verfassers lässt sich *nicht* vorab objektiv ermitteln, welches der erstbeste Lösungsweg aus der Krise ist. Sind z.B. Eurobonds unbedingt nötig oder die Durchsetzung des Nichtbeistandsgebotes bei Staatspleiten? Das wissen wir nicht genau, auch da viel von zufälligen Einflüssen, unvorhersehbaren Auswirkungen und eventuell nicht zutreffenden Verhaltensannahmen abhängt. Bei der folgenden Analyse bilden minimalistisch angesetzte *Werturteile* die Ausgangsbasis und das einigende Band. Die Politik in Deutschland und Europa soll demokratisch, sozial, kulturell divers, gesetzeskonform, gerecht, ökologisch und verantwortungsethisch-realistisch sein. *Demokratisch* meint z.B., dass nicht eine Institution wie die EZB mit einem ehemaligen Wall Street-Investmentbanker an der Spitze zentraler Akteur mit einem historisch einzigartigen politischen Machtpotential sein soll. Hierbei wird auch ein Bock zum Gärtner geadelt, da die EZB jahrelang nichts unternahm, um z.B. den Aufbau der Immobilienblasen im Euroraum abzuschwächen oder zu verhindern.

Sozial bedeutet mindestens, dass Austeritätsprogramme dort eine Grenze haben, wo elementare Ansprüche z.B. auf eine basale Gesundheitsvorsorge und Ernährung (wie in Griechenland) in Frage stehen. Das UN-Kinderhilfswerk Unicef stellt in seinem Bericht „Kinder der Rezession“ vom Oktober 2014 fest, dass die Absicherung von Kindern in der Krisenpolitik definitiv keine Priorität genießt und Kinder am härtesten von den Folgen der Kürzungen getroffen werden. So leben mittlerweile 76,5 Millionen Kinder in 41 wohlhabenden Ländern unter der Armutsgrenze. Ihr Anteil stieg in Griechenland auf 40 Prozent (2008: 25 Prozent, selbst im reichen Luxemburg von 22 auf 28 Prozent). *Kulturell divers* schließt ein, dass nicht ein bestimmtes (Leistungs)Modell in Europa durch Kommissare der EU-Kommission bzw. durch Strukturreformen systemisch zwangsweise durchgesetzt wird und dass die mediterrane Kultur nicht untergeht (siehe E. Morins Essay zum „Denken des Südens“). *Gerechtigkeit* bedeutet wenigstens, dass Akteure in einem Wettbewerbssystem nicht nur in guten Zeiten die Gewinne einfahren dürfen, sondern bei Fehlschlägen auch selber die Verluste tragen sollen (Haftungsprinzip) und nicht (immer) der Steuerzahler der dumme August ist.

Ökologisch bedeutet, sich mittelfristig vom Wachstum als erstrangiges Mittel zur Lösung u.a. der Staatsschuldenkrise zu verabschieden, da hohe Wachstumsraten unrealistisch sind und sie die Weltgesellschaft, wenn es so weiter geht, an den Abgrund führen (siehe Kapitel 10). Der technische Fortschritt in Form der digitalen Revolution wird zudem in den kommenden Jahren neben zwangsläufigen weiteren Umweltbelastungen die Produktivität dramatisch erhöhen und womöglich so viele Beschäftigte freisetzen, dass wir nicht mehr auf ihre Absorption hoffen dürfen. Wir sind so gesehen einfach zu produktiv und die verarbeitende Industrie befindet sich wohl schon seit Jahrzehnten in vielen Branchen in einer Überproduktionskrise. Eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer würde den Freisetzungsprozess im digitalen Bereich eventuell noch beschleunigen.

Unter *verantwortungsethischem Realismus* ist zu verstehen, dass man berücksichtigt, dass eine Vergemeinschaftung der Schulden eine allzu starke Verführung zur Ausnutzung böte. Realismus heißt auch, einzugestehen, dass alle Vorstellungen einer supranationalen Budgetkontrolle, die Übertragung von Fiskalkompetenzen und eine Transferunion, ein höheres EU-Budget und ein europäischer Finanzminister in nächster Zeit auf akzeptable Weise nicht zu verwirklichen sind, da momentan keine

wirkliche Bereitschaft zur echten Aufgabe fiskalischer und politischer Souveränität insbesondere von Seiten der nationalen Politikdarsteller besteht.

XIV. Das *Moneyfest* beschreitet daher nicht den Weg der Wissensanmaßung einer situativen Krisenpolitik. Es fragt jenseits komplizierter Rechenmodelle und braver Reförmchen, was *strukturell* reformbedürftig ist. Es setzt auf einfache, verständliche und unbürokratische Maßnahmen, die Krisen erst gar nicht entstehen lassen sollen, da diese nach Ausbruch ähnlich einer Kernschmelze in einem Atomkraftwerk, kaum zu beherrschen sind.

Das erste Kapitel dieses Beitrages sondiert zunächst das verworrene Gemeengegelage. Im zweiten Kapitel werden die Besonderheiten und oft heruntergespielten, systemimmanenten Instabilitäten heutiger Finanzmärkte hervorgehoben, die die Finanzkrise auslösten. In einem Vergleich von Geoff Davis zusammengefasst entsprechen Finanzmärkte Wildpferden, die selbst nach kleineren Irritationen wild und ungezähmt davon preschen. Sie entsprechen nicht, wie man sich das in der Theorie effizienter Märkte vorstellte, einem Schaukelstuhl, der äußere Krafteinwirkungen abfedert und ausschwingt. Hieraus folgen vor dem Hintergrund der angesprochenen Werturteile gravierende Reformfordernisse (Kapitel 6, 8 und 9), denen sich die Politik aus bestimmten Gründen (Kapitel 5) bis heute angesichts defensiver Regulierungsmaßnahmen nicht stellt (Kapitel 4 und 7).

Das *Moneyfest* folgt wie erwähnt keiner engen Schulmeinung. Es versucht nicht, die durch die Finanzkrise offenkundig gewordene Staatsschuldenkrise (Kapitel 3) auf eine einzige Primärursache zurückzuführen (z.B. zu niedrige Zinsen oder zunehmende Ungleichheit), sondern benennt eine ganze Reihe sich gegenseitig verstärkender Treiberfaktoren, die die Wildpferde aufscheuchen. Die Lage ist zu ernst, um auf liebgezwonnene und einfache Erklärungen und Schulweisheiten entlang überkommener politischer Trennlinien zurückzugreifen. Kritische Kommentare richten sie bitte an Helge.Peukert@uni-erfurt.de.

Erfurt, im Mai 2015